

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa,  
Fernruf Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postkasson: Dresden 1539  
Kreuzstraße Riesa Nr. 22.

Nr. 59.

Donnerstag, 11. März 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 50 Pfennig, für drei Monate 7 Mark 50 Pfennig, für sechs Monate 13 Mark 50 Pfennig, für ein Jahr 25 Mark 50 Pfennig. Die Nummer des Abgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundschleif-Beile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Klammer-Beile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Künftige Unterhaltungsbeiträge werden nicht an der Höhe, sondern an der Zahl der Abnehmer berechnet. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Langert & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Götzestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hagemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Das Geburtstagskind.

Reichskanzler Dr. Luther feierte gestern am 10. März seinen siebenundvierzigsten Geburtstag. Viel Ruhe, diesen Tag in der üblichen, feierlichen Weise zu begehen, wird er nicht gehabt haben. Die Gewatter und Gratulanten, die sich in Genf bei ihm ansahen, sind die Herren Chamberlain, Boncour, Scialoja. Und die kleinen Geschenke, die sie überreichten, dürften dem Geburtstagskind keine allzu große Freude bereitet haben. Aber schließlich, Dr. Luther ist ein alter Deutscher. Er hält es mit der schönen Devise: Geben macht seliger denn Nehmen. Und so schenkte er dem deutschen Volk durch sein Festbleiben eine Geburtstagsgabe, die so schön ausfiel, daß der Tag doch seine festliche Weihe erhielt. Deutschland, die Welt, erhelten den nicht mehr zu erschütternden Beweis, das Recht Recht bleiben muß, daß in ihm eine Kraft wohnt, die sich behauptet, auch gegen Macht und Siegestrunkheit. Das Kaffeebrühen, an dem Dr. Luther teilnahm, wird diese Gabe etwas erkannt betrachtet haben. Denn sie bringt eine neue Offenbarung, ein neues Gebot, das einer Ententepolitik bisher unbekannt war. Oder vielmehr unbekannt bleiben mußte, weil eine sachverständige Erfüllungspolitik des Reiches dieses Wissen nicht zu eigen machen konnte. Aber schenken wir es uns, jetzt Rückschlüsse auf die Vergangenheit zu ziehen. Der Wendepunkt ist da. Deutschland ist einmal festgeblieben und hat den Nutzen heraus erkennen können.

Jegliches Entscheidendes ist ja in Genf noch nicht erfolgt. Aber auch die, die früher anderen Sinnes waren, haben eingesehen, daß es auf die Dauer etwas Unmögliches ist, entgegen den Gelehen der Vernunft zu handeln. Gewiß, es ist peinlich, das etwas einzugehen. Besonders, wenn eine neue Weltmacht zu einer Vertiefung der Forderung getrieben hat. So muß man zum Mindesten befreit sein, den Rückgang zu einem ehrenvollen Rückzug zu gestalten. Also, es muß irgendwas gefunden werden, was zu ausbleibt, als ob Deutschland wenigstens eine kleine Konzession gemacht habe. Aus diesem Bestreben veruchen jetzt noch die Herren Chamberlain und Boncour von Deutschland das Versprechen zu erhalten, für die Zukunft dem spanischen ständigen Ratssitz auszukommen. Diese Forderung ist so formuliert, als wäre alles so geregelt, wie Deutschland es verlangte. Unterziehen wir aber diesen Wunsch einmal auf seinen sachlichen Inhalt, so werden wir feststellen müssen, daß er gar nichts anderes bedeutet, als das ursprüngliche Verlangen. Gewiß, Deutschland hätte gegen einen Ausschuss, der die Frage der Ratserweiterung später behandelt, nichts einzuwenden, das heißt, nur unter der Voraussetzung, daß diesen einzulegenden Ausschuss keine feste Bindung jetzt schon mit auf den Weg gegeben wird. Es wäre die größte Torheit, die Deutschland begehen könnte, wenn es offiziell oder inoffiziell, hinter den Kulissen oder in voller Öffentlichkeit bindende Zusagen nach einer bestimmten Richtung machen würde. Würden sich die deutschen Vertreter in Genf zu solchen Versprechungen verheben, so würden sie nicht nur den Interessen Deutschlands ins Gesicht schlagen, sondern auch den Interessen des Völkerbundes. Denn die deutsche Sache ist die Sache des Völkerbundes.

So drängt also alles der Lösung entgegen, die wir schon immer als die einzig mögliche bezeichnet haben. Aus dem ganzen Streit um die Ratssitze mit seinen Verwegenheiten und Verleumdungen können wir daher die Erkenntnis herausnehmen, daß seine Ansetzung den anderen nur geschadet, uns aber ein Aus befehrt hat, das sich auf unsere künftige Stellung sehr vorteilhaft bemerkbar machen wird. Was jetzt auch Herr Mussolini weiter eilig befreit bleiben, eine mitteleuropäische Garantievölkergruppe zu schaffen, die sich dem deutschen Anschlagsgedanken entgegenstemmen soll. Auch diese Wachenkassen sprechen gegen das Gelehen der Weltvernunft. Sie werden daher zusammenbrechen, wie auch die Wachenkassen, die dem Reich kein Recht nehmen wollten.

## Der Bischof von Passau gegen den Volksentscheid.

Berlin. (Funktspruch.) Die Passauer Donauzeitung veröffentlicht eine Rundgebung des Bischofs Siegmund Heitz zur Büchereieinigung, in der es heißt: Als berufener Hüter des göttlichen Sittengesetzes obliegt mir die Pflicht, mit aller Entschiedenheit zu erklären, daß in der Beteiligung an diesem Volksbegehren eine Verleumdung und zwar wenn die Beteiligung eine überlegte und absichtliche ist, eine schwere Verleumdung gegen das 7. Gebot Gottes gelegen ist. Die Durchführung eines solchen Begehrens wäre der erste Schritt zur Aufhebung des Eigentums überhaupt und es wäre damit auch der Vererbung der Kirchen, Kirchenanstalten und Stiftungen sowie der weltlichen Einrichtungen jeden Privatbesitzes, insbesondere der Bürger und Bauern, Tür und Tor geöffnet.

Jede Beteiligung an dem Volksbegehren und jede Unterstützung der daraus abzuleitenden Begehren wird in der Rundgebung ausdrücklich untersagt.

## Vierabend beim Reichspräsidenten.

Berlin. An dem gestern vom Reichspräsidenten veranstalteten Vierabend nahmen u. a. teil: sämtliche in Berlin weilende Reichsminister und preussische Staatsminister, der Chef der Delegation, die Staatssekretäre des Reiches und Preußens, die Mitglieder des Reichsrates, mehr als 100 Abgeordnete, die früheren Reichs- und Staatsminister, die führenden Vertreter der Hochfinanz, des Handels und der Industrie, sowie der Gewerkschaften und der Presse.

## Von der Genfer Tagung.

### Die deutschen Aufnahmebedingungen erfüllt.

Genf. Der Unteranschuß der Aufnahmekommission hat unter dem Vorsitz von Chamberlain gestern nachmittag ohne besondere Diskussion beschlossen, der Aufnahmekommission die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund zu empfehlen. Der Unteranschuß wird morgen, Donnerstag, der Aufnahmekommission einen Bericht vorlegen, in dem erklärt wird, daß die im Völkerbundsstatut enthaltenen Aufnahmebedingungen für Deutschland als erfüllt anzusehen sind. Im Gegensatz zu dem Aufnahmeverfahren bei Bulgarien, Dänemark und Ungarn wurde im Fall Deutschlands der Aufnahmebeschluß gefaßt, ohne von einem deutschen Vertreter noch besondere Erklärungen zu verlangen. Die Aufnahmekommission wird vermutlich bereits Donnerstag vormittag an einer Sitzung zusammentreten, um den von dem Unteranschuß vorgelegten Bericht anzunehmen und die Aufnahme Deutschlands zu genehmigen und sofort an die Völkerbundsversammlung weiterzuleiten.

London. (Funktspruch.) Der Genfer Korrespondent der Westminster Gazette sagt, man nehme jetzt an, daß Deutschland am Freitag in den Völkerbund eintritt und Mitglied des Völkerbundsrates werden würde. Die Bemühungen richteten sich jetzt darauf, das Gelehen der französischen und britischen Delegation zu wahren, die niemals erwartet hätten, auf einen so festen Widerstand der Deutschen zu stoßen. Man erwartet, daß nach Ankunft Briands eine Formel gefunden werden würde, wonach Deutschland andeuten würde, daß es später anderen Kandidaturen nicht in den Weg treten werde, wenn es sich auch nicht endgültig binden wolle. Auch der Genfer Korrespondent der Times meldet, man hoffe, daß Deutschland Freitag Mitglied des Völkerbunds und am Sonnabend des Völkerbundsrates werden würde.

### Der Widerstand Brasiliens.

Der Korrespondent der Morning Post äußert sich sehr pessimistisch. Er sagt: Brasilien habe bei einer gestern abend abgehaltenen Zusammenkunft der Ratssmitglieder seine Ansicht ausgedrückt, daß es Deutschlands Zulassung zum Völkerbundsrat bestimmt sein Beden entgegenzusetzen werde, wenn ein solcher sich Brasilien verweigert werden sollte. Diese Erklärung sei abgegeben worden, als jedermann glaubte, daß bereits eine Vereinbarung erreicht war, wodurch Deutschland allein zum Völkerbundsrat zugelassen werden würde. Sie sei ernst genommen worden und es sei daher beschlossen worden, eine offizielle Sitzung des Völkerbundsrates für heute nachmittag 4 Uhr einzuberufen, falls Briand sich damit einverstanden erklärt.

### Der Stand der inoffiziellen Besprechungen.

Genf. Ueber das Ergebnis der Besprechungen beim gezeigten Nachmittage der Ratssmitglieder meldet die Schweizerische Depeschagentur: Nach Schluß der inoffiziellen Ratssitzung erklärten einzelne Ratssmitglieder, daß Fortschritte erzielt worden seien. Die Diskussion wird im Laufe des heutigen Tages nach Eintreffen Briands fortgesetzt. Die Verhandlungen des Rates fanden in vollem Einvernehmen mit den deutschen Vertretern statt.

London. (Funktspruch.) Der Genfer Berichtshatter der Times schreibt in einem Artikel, die spanischen und brasilianischen Vertreter seien darüber verständigt worden, daß außer über die Kandidatur Deutschlands über keine weiteren Kandidaturen zur Zeit entschieden werden könnte. Den Vertretern sei ferner mitgeteilt worden, daß die von ihnen vorgebrachten Forderungen sofort von einer besonderen Kommission beraten werden sollten. Die Vertreter Spaniens und Brasiliens hätten sich die Antworten vorbehalten.

Paris. (Funktspruch.) Der Hauptvertreter in Genf schließt seinen Bericht über die gestern geführten offiziellen Verhandlungen betreffend die Erweiterung des Völkerbundsrates mit folgenden Schlussfolgerungen: Nach 34 stündiger Beratung habe man allseitig dieselbe feste Stellung eingenommen wie vorher. Wahrscheinlich werde die Lage so bleiben bis zu dem Augenblick, in dem der Ausdruck einer schweren Krise die Parteien zwingt, ernstlich über die Folgen ihrer Falscharrigkeit nachzudenken. Man habe die Hoffnung, daß das Ansehen und die Geschicklichkeit Briands es morgen dem Rate ermöglichen werden, sich einer Lösung zuzuwenden, die die nötige Einstimmigkeit auf sich vereinigen könnte.

### Briand in Genf.

Genf. (Funktspruch.) Briand ist heute vormittag in Genf eingetroffen. Er hat sogleich mit Chamberlain die Besprechungen aufgenommen.

### Ein interfraktioneller Ausschuss für Ditfragen

ist, wie bereits gemeldet, im Reichstage von den Vertretern der neun Parteien gebildet worden. Zum ersten Vorsitzenden wurde Reichstagspräsident Noebe, zum zweiten der Abg. Wiska (Str.), zum Schriftführer der Abg. Schulz-Bromberg (Dn.) gewählt. Nach einer längeren Aussprache, die sich vor allem mit der Not der aus Oberschlesien Verdrängten und mit den wirtschaftlichen Verhältnissen in Oberschlesien befaßte, einigen sich die Mitglieder darauf, dem Plenum des Reichstags den folgenden Antrag vorzu-

### Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund beschlossen.

Genf. (Funktspruch.) Die Aufnahmekommission hat heute vormittag in einer kurzen Sitzung von kaum 15 Min. Dauer den von ihrem Unteranschuß vorgelegten Bericht über die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund ohne Diskussion einstimmig genehmigt und ihren Vorsitzenden Außen Chamberlain zum Berichtshatter vor der Völkerbundsversammlung berufen.

### Der Bericht über die Aufnahme Deutschlands.

Genf. (Funktspruch.) Der Bericht, den der Unteranschuß der Aufnahmekommission über die Aufnahme Deutschlands ausgearbeitet hat und der auf Grund des heutigen Beschlusses der Aufnahmekommission an die Völkerbundsversammlung weitergeleitet wird, befaßt die üblichen formellen Fragen, die von der Aufnahmekommission vor dem Eintritt neuer Staaten gestellt werden.

Durch Bejahung der Frage 1 wird anerkannt, daß der deutsche Aufnahmeantrag ordnungsmäßig gestellt wurde. In Bezug auf die beiden Unterfragen der Frage 2 trägt der Bericht auf eine Mitteilung des ständigen militärischen Ausschusses des Völkerbundes, in der unter dem 9. März erklärt wird, daß die Frage der Streitkräfte Deutschlands zu Lande, zu Wasser und in der Luft durch den Berichtshatter Bertrag geregelt ist und daß diese Frage nicht durch den ständigen militärischen Ausschuss geprüft werden muß.

Ferner trägt sich der Bericht in diesem Zusammenhang auf eine Mitteilung der Völkerbundsversammlung an den Generalsekretär des Völkerbundes über einen am 4. März gefaßten Beschluß. Dieser lautet:

„Die Völkerbundsversammlung, soweit es sie angeht, stellt fest, daß nach ihrer Kenntnis Deutschland gegenwärtig tatsächliche Garantien für seine aufrichtige Absicht gibt, die Verpflichtungen einzuhalten, die für Deutschland aus dem Friedensvertrag vom 2. Juni 1919 und den ihm ange-schlossenen Akten hervorgehen.“

Soweit es insbesondere den Rüstungsstand Deutschlands zu Lande, zu Wasser und in der Luft betrifft, wie er im Friedensvertrag bestimmt ist, stellt die Völkerbundsversammlung fest:

Militärische Klauseln: Die Bedingungen, unter denen die Durchführung dieser Klauseln durchgeführt werden muß, haben unter den interessierten Signatarstaaten den Gegenstand einer Vereinbarung gebildet, die zur Zeit auf dem Wege der Durchführung ist. (Anlage des Briefes der Völkerbundsversammlung an die Deutsche Regierung vom 16. November 1925.)

Maritime Klauseln: Diese Bedingungen sind gegenwärtig durchgeführt und die Schlußberichte der maritimen Kontrollkommission sind dem Völkerbund unter dem Datum des 6. Januar 1925 zugehört worden.

Luftfahrerklauseln: Es bleibt nur noch die Ausarbeitung gewisser Bestimmungen übrig, die in Zukunft die generelle Beobachtung des einschlägigen Kapitels des Friedensvertrages sichern sollen.“

Anschließend dieser Mitteilungen spricht sich der Bericht für die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund entsprechend Art. 1 des Völkerbundsstatutes aus.

Dem Bericht sind schließlich 5 Anlagen beigelegt.

### Besuch Benešs beim Reichskanzler Dr. Luther.

Genf. (Funktspruch.) Der tschechoslowakische Außenminister Dr. Beneš hat heute vormittag gegen 10 Uhr dem Reichskanzler Dr. Luther einen längeren Besuch ab-

### Briand bei Chamberlain.

Genf. (Funktspruch.) Nach seiner Rückkehr nach Genf hat sich Briand heute vormittag von Paul Boncour und Boncour über den Stand der Verhandlungen der letzten Tage berichtet lassen. Er empfing dann den Besuch von Strangetti und begab sich gegen 12 Uhr zu Chamberlain.

### Die nächste Sitzung der Völkerbundsversammlung.

Genf. (Funktspruch.) Die nächste Sitzung der Völkerbundsversammlung ist auf Sonnabend vorm. 11 Uhr angesetzt worden. Auf der Tagesordnung dieser Sitzung steht jedoch bisher nur die Errichtung eines Versammlungsgebäudes für den Völkerbund.

Schlagen: Die Reichsregierung zu eruchen, alsbald eine großzügige Kreditaktion durchzuführen, durch welche die Deutschen im Osten des Reiches, die durch die Abtretung deutschen Gebietes Heimat und Erwerb verloren haben — insbesondere die Landwirte, Kaufleute, Handwerker, Gewerbetreibenden, denen ihr Besitz einzige Existenzbasis war — endlich in die Lage versetzt werden, sich eine der verlorenen wenigstens annähernd gleichwertige Existenz zu gründen und zu erhalten und den Angehörigen und Arbeitern eine neue Arbeitsgelegenheit zu beschaffen. — Ferner wurde beschlossen, demnächst eine gemeinschaftliche Sitzung mit dem Chanschuß des preussischen Landtags abzuhalten.